



17.11.2020

ENTWURF EINES BERICHTS

über die Berichte 2019–2020 der Kommission über das Kosovo
(2019/2172(INI))

Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten

Berichterstatlerin: Viola Von Cramon-Taubadel

INHALT

	Seite
ENTWURF EINER ENTSCHESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS	3
BEGRÜNDUNG.....	10

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu den Berichten 2019–2020 der Kommission über das Kosovo (2019/2172(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft einerseits und dem Kosovo andererseits, das am 1. April 2016 in Kraft getreten ist,
- unter Hinweis auf die europäische Reformagenda für das Kosovo, die am 11. November 2016 in Priština auf den Weg gebracht wurde,
- unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Ratsvorsitzes bei der Tagung des Europäischen Rates vom 19./20. Juni 2003 in Thessaloniki,
- unter Hinweis auf die Resolution 1244 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 10. Juni 1999, das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) vom 22. Juli 2010 über die Vereinbarkeit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo mit dem Völkerrecht, und die Resolution 64/298 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 9. September 2010, in der der Inhalt des Gutachtens des IGH zur Kenntnis genommen und die Bereitschaft der Europäischen Union begrüßt wurde, den Dialog zwischen Serbien und dem Kosovo zu fördern,
- unter Hinweis auf die erste Grundsatzvereinbarung vom 19. April 2013 zur Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo und die Abkommen vom 25. August 2015 sowie auf den laufenden, von der EU geförderten Dialog zur Normalisierung der Beziehungen,
- unter Hinweis auf den Beschluss (GASP)2020/792 des Rates vom 11. Juni 2020 zur Änderung der Gemeinsamen Aktion 2008/124/GASP über die Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo (EULEX KOSOVO), mit dem die Dauer der Mission bis zum 14. Juni 2021 verlängert wurde,
- unter Hinweis auf die Berichte des UN-Generalsekretärs über die Tätigkeiten der Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK),
- unter Hinweis auf den am 28. August 2014 eingeleiteten Berlin-Prozess,
- unter Hinweis auf die gemeinsame Erklärung der beiden Vorsitzenden des Parlamentarischen Stabilitäts- und Assoziationsausschusses EU-Kosovo (SAPC) im Anschluss an die sechste Sitzung des SAPC vom 14. Februar 2019 in Straßburg,
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 5. Februar 2020 mit dem Titel „Stärkung des Beitrittsprozesses – Eine glaubwürdige EU-Perspektive für den westlichen Balkan“ (COM(2020)0057),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 29. Mai 2019 mit dem Titel „Mitteilung 2019 zur Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2019)0260) und die

- entsprechende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Kosovo 2019 Report“ (Bericht über das Kosovo 2019) (SWD(2019)0216),
- unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 6. Oktober 2020 mit dem Titel „Mitteilung 2020 zur Erweiterungspolitik der EU“ (COM(2020)0660) und die entsprechende Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen mit dem Titel „Kosovo 2020 Report“ (Bericht über das Kosovo 2020) (SWD(2020)0356),
 - unter Hinweis auf die Mitteilung der Kommission vom 6. Oktober 2020 mit dem Titel „Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan“ (COM(2020)0641) und die Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen über eine Grüne Agenda für den Westbalkan vom 6. Oktober 2020 (SWD(2020)0223),
 - unter Hinweis auf die Bewertung des Wirtschaftsreformprogramms für das Kosovo 2020-2022 durch die Kommission vom 21. April 2020 (SWD(2020)0065) und die vom Rat am 19. Mai 2020 angenommenen gemeinsamen Schlussfolgerungen des wirtschafts- und finanzpolitischen Dialogs zwischen der EU und den Ländern des westlichen Balkans sowie der Türkei.
 - unter Hinweis auf den Abschlussbericht der EU-Wahlbeobachtungsmission (EU EOM) über die vorgezogenen Parlamentswahlen vom 6. Oktober 2019 im Kosovo,
 - unter Hinweis auf den Vorschlag der Kommission vom 4. Mai 2016 für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 539/2001 zur Aufstellung der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige beim Überschreiten der Außengrenzen im Besitz eines Visums sein müssen, sowie der Liste der Drittländer, deren Staatsangehörige von dieser Visumpflicht befreit sind (Kosovo) (COM(2016)0277), und auf die legislative Entschließung des Europäischen Parlaments vom 28. März 2019, das seinen Standpunkt in erster Lesung¹ festlegt und den Vorschlag der Kommission übernimmt,
 - unter Hinweis auf seine früheren Entschlüsse zu dem Land,
 - unter Hinweis auf seine Empfehlung vom 19. Juni 2020 an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zum westlichen Balkan im Anschluss an das Gipfeltreffen 2020²
 - unter Hinweis auf den EU-Westbalkan-Gipfel im Rahmen des Berlin-Prozesses am 10. November 2020,
 - gestützt auf Artikel 54 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (A9-0000/2020),
- A. in der Erwägung, dass jedes Erweiterungsland individuell auf der Grundlage seiner eigenen Verdienste bewertet wird und dass der Zeitplan für den EU-Beitritt dadurch

¹Angenommene Texte, P8_TA(2019)0319.

²Angenommene Texte, P9_TA(2020)0168.

- bestimmt wird, wie schnell und in welcher Qualität Reformen durchgeführt werden;
- B. in der Erwägung, dass sich das Kosovo auf grundlegende Reformen konzentrieren muss, um strukturelle Mängel in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Arbeitsweise der demokratischen Institutionen und Reform der öffentlichen Verwaltung sowie wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit zu beheben;
 - C. in der Erwägung, dass das Kosovo weiterhin mit politischer Instabilität zu kämpfen hat, insbesondere seit den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 6. Oktober 2019;
 - D. in der Erwägung, dass das Kosovo das einzige Land auf dem westlichen Balkan bleibt, dessen Bürger für Reisen in den Schengen-Raum ein Visum benötigen, obwohl sämtliche Vorgaben für die Visaliberalisierung seit 2018 erfüllt sind;
 - E. in der Erwägung, dass das Kosovo seine Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität verstärken muss;
 - F. in der Erwägung, dass das Kosovo zwar Fortschritte bei der Anpassung seines rechtlichen Rahmens an den Besitzstand der Union gemacht hat, jedoch seine Bemühungen und Ressourcen verstärken muss, um neue Gesetze und Vorschriften in allen Politikbereichen engagierter und ernsthafter umzusetzen;
 - G. in der Erwägung, dass die COVID-19-Pandemie eine noch nie da gewesene Belastung für die Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialschutzsysteme des Kosovo darstellt;
 - H. in der Erwägung, dass die EU finanzielle Unterstützung in Höhe von über 3,3 Mrd. EUR für die Westbalkanländer bereitgestellt hat, um die unmittelbare Gesundheitskrise zu bewältigen und die sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in der Region abzuschwächen;
 - I. in der Erwägung, dass das Kosovo vom Instrument für Heranführungshilfe (IPA II) mit einer indikativen Gesamtzuweisung von 602,1 Mio. EUR für den Zeitraum 2014–2020 profitiert;
1. begrüßt das fortgesetzte Engagement des Kosovo, auf seinem europäischen Weg voranzuschreiten, sowie die starke Unterstützung der Bevölkerung des Kosovo für die europäische Integration;
 2. bedauert die begrenzten Fortschritte bei der Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) und fordert die Behörden des Kosovo auf, Eigenverantwortung für den Prozess zu übernehmen, einen größeren politischen Willen zu zeigen und die Verwaltungskapazität zu verbessern, um die Durchführung der EU-bezogenen Reformen zu fördern;
 3. bekundet seine Besorgnis über die Auflösung des Ministeriums für die EU-Integration und fordert die Regierung des Kosovo auf, dafür zu sorgen, dass der neuen Struktur das Maß an Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zuerkannt wird, das geeignet ist, eine ordnungsgemäße Koordinierung des Integrationsprozesses zu gewährleisten;

4. begrüßt die friedliche und ordnungsgemäße Abwicklung der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 6. Oktober 2019; betont, wie wichtig es ist, sämtlichen von der EU-Wahlbeobachtungsmission (EU EOM) festgestellten Unzulänglichkeiten und Empfehlungen Rechnung zu tragen;
5. begrüßt die Erklärung der Kommission vom 26. August 2020, in der sie die Fähigkeit des Kosovo bestätigt, von der Liberalisierung der Visabestimmungen zu profitieren, und fordert den Rat auf, dringend die Abschaffung der Visumpflicht für die Bürger des Kosovo voranzutreiben;
6. fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, sich weiterhin für die Erweiterung zu engagieren und eine wirksamere Kommunikationspolitik gegenüber den EU-Bürgern im Zusammenhang mit der Erweiterung zu betreiben;
7. begrüßt die Entscheidung der Regierung des Kosovo, die Zölle auf Einfuhren aus Serbien und Bosnien und Herzegowina aufzuheben, was die Wiederaufnahme des von der EU geförderten Dialogs ermöglicht hat;
8. nimmt die Unterzeichnung des Abkommens zur wirtschaftlichen Normalisierung zwischen dem Kosovo und Serbien am 4. September in Washington zur Kenntnis; betont, dass die transatlantische Zusammenarbeit ein entscheidender Faktor für die Stabilität in der Region ist;
9. begrüßt die Fortschritte bei der Anpassung des rechtlichen Rahmens für die Rechtsstaatlichkeit; bedauert jedoch die unzureichende Durchführung und fordert die Behörden des Kosovo auf, ihre Bemühungen um die Durchsetzung der Gesetze zum Nutzen ihrer Bürger zu verstärken;
10. betont die Notwendigkeit, den Kampf gegen die Korruption zu verstärken, und äußert seine ernsthafte Besorgnis über die Abschaffung der Sonderabteilung für Korruptionsbekämpfung innerhalb der kosovarischen Polizei (KP);
11. fordert das Kosovo auf, seine Regulierungsmaßnahmen bezüglich des Einfrierens, der Einziehung und der Wiedererlangung von Vermögenswerten sowie bezüglich endgültiger Verurteilungen in Fällen von Großkorruption, organisierter und finanzieller Kriminalität, Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu verbessern;
12. begrüßt die Annahme von Maßnahmen, die dazu beitragen, die externe Einmischung in Gerichtsverfahren zu begrenzen, sowie die steigende Zahl der veröffentlichten rechtskräftigen Gerichtsurteile; ist der Auffassung, dass weitere Maßnahmen erforderlich sind, um eine größere Unabhängigkeit der Justiz zu gewährleisten und eine ungebührliche Einmischung in öffentlichkeitswirksame Fälle zu unterbinden;
13. bekräftigt seine Unterstützung für die Arbeit des Kosovo-Sondertribunals und der Sonderstaatsanwaltschaft; betont, wie wichtig es ist, dass das Sondertribunal seine Arbeit unabhängig und ohne jegliche Einmischung aus dem Ausland fortsetzen kann;
14. bekräftigt, dass die Auswahl und Ernennung hochrangiger Führungspositionen im öffentlichen Dienst und in Unternehmen der öffentlichen Hand nach wie vor Besorgnis

erregend sind;

15. begrüßt die Verbesserung der Arbeitsorganisation der Nationalversammlung und die Verwaltung der Plenarsitzungen auf der Grundlage der Geschäftsordnung; bedauert jedoch, dass die Versammlung häufig nicht beschlussfähig ist, und fordert die Versammlung und die Regierung auf, sich an bewährte parlamentarischen Verfahren zu halten;
16. stellt fest, dass der rechtliche und institutionelle Rahmen des Kosovo den Schutz der Menschen- und Grundrechte im Wesentlichen garantiert; betont, dass es bei der Durchführung weiterhin Herausforderungen gibt, insbesondere in Bezug auf die Sprachenrechte;
17. fordert mehr Schutz und Inklusivität für Angehörige von Minderheiten, darunter Roma, Aschkali und Ägypter, sowie für Menschen mit Behinderungen, indem ihnen ein angemessener Gesundheits- und Sozialschutz und eine angemessene Betreuung gewährt wird; fordert mehr Bemühungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Antiziganismus;
18. stellt fest, dass die finanzielle und redaktionelle Freiheit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nicht gewährleistet ist; bekräftigt die Notwendigkeit, volle Transparenz des Medieneigentums zu gewährleisten;
19. fordert eine bessere Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft und eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Politikgestaltung;
20. begrüßt die Fortschritte beim Schutz der LGBTI-Rechte auf legislativer und politischer Ebene; stellt jedoch fest, dass der bestehende Rahmen zur Nichtdiskriminierung vollständig umgesetzt werden muss, und fordert die ordnungsgemäße Untersuchung von Fällen von Hassverbrechen gegen LGBTI-Personen;
21. begrüßt den einstimmigen Beschluss der Nationalversammlung des Kosovo, dem Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt direkte Wirkung zukommen zu lassen;
22. fordert die Behörden des Kosovo auf, die Bemühungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter zu verstärken, u. a. indem sie dem Gender Mainstreaming und einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, einschließlich Frauenorganisationen, Priorität einräumen und ein Umfeld schaffen, das einer besseren Vertretung von Frauen in Führungspositionen förderlich ist;
23. bekräftigt seine Besorgnis über das Ausmaß der häuslichen und geschlechtsspezifischen Gewalt; begrüßt diesbezügliche Änderungen des Strafgesetzbuches; stellt jedoch fest, dass die Straflosigkeit von Tätern nach wie vor Besorgnis erregt;
24. begrüßt die Bemühungen des Kosovo, konstruktive nachbarschaftliche Beziehungen in der gesamten Region aufrechtzuerhalten und sich proaktiv an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU auszurichten;

25. betont, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo eine Priorität und eine Vorbedingung für den EU-Beitritt ist; fordert ein aktives und konstruktives Engagement im von der EU geförderten Dialog unter der Leitung des EU-Sonderbeauftragten, um ein umfassendes und rechtsverbindliches Abkommen im Einklang mit dem Völkerrecht zu erreichen; bekräftigt seine Forderung, die vollständige Umsetzung aller bereits getroffenen Vereinbarungen in gutem Glauben und zügig voranzutreiben;
26. stellt fest, dass fünf Mitgliedstaaten das Kosovo noch nicht anerkannt haben, und wiederholt seine Forderung, dies zu tun; betont, dass die Anerkennung des Kosovo der Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und dem Kosovo zuträglich wäre;
27. begrüßt die gute regionale Zusammenarbeit zwischen dem Kosovo und Serbien im Kampf gegen die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, einschließlich der Zusammenarbeit zwischen den Bürgermeistern von Mitrovica und der Kommunikation zwischen den Gesundheitsministern;
28. bekräftigt seine Unterstützung für die Initiative zur Einrichtung der regionalen Kommission zur Wahrheitsfindung in Bezug auf Kriegsverbrechen und andere schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen im ehemaligen Jugoslawien (REKOM);
29. fordert mehr Anstrengungen bei der Bearbeitung der Anträge von Familienmitgliedern vermisster Personen, die Öffnung von Kriegsarchiven und die Offenlegung von Informationen über Personen, die noch immer als vermisst im Kosovo-Krieg in den Jahren 1998–1999 aufgeführt sind;
30. stellt fest, dass eine starke politische Unterstützung, eine wirksame Durchführung und eine genaue Überwachung erforderlich sind, um die große informelle Wirtschaft im Kosovo zu bekämpfen, die ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der Privatwirtschaft darstellt und die Fähigkeit des Staates beeinträchtigt, hochwertige öffentliche Dienstleistungen zu erbringen;
31. betont die dringende Notwendigkeit der Durchführung aktiver arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen, einschließlich Weiterbildung und Ausbildung am Arbeitsplatz, um die Beschäftigung gefährdeter Gruppen zu erhöhen;
32. betont die Notwendigkeit, in die Digitalisierung als Mittel zur Minimierung der digitalen Kluft und zur Gewährleistung eines gleichberechtigten Zugangs zum Internet, auch für die am meisten gefährdeten Gruppen und ländlichen Gebiete, zu investieren;
33. stellt fest, dass das Gesundheitssystem aufgrund der Pandemie belastet ist; fordert das Kosovo nachdrücklich auf, den Gesundheitssektor zu stärken, um angemessene und zugängliche primäre Gesundheitsversorgung für alle Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, insbesondere durch bedarfsorientierte Sozialleistungen für die von der COVID-19-Krise am stärksten betroffenen Gruppen;
34. fordert die Behörden auf, für eine Anpassung an die Standards und politischen Ziele der EU im Bereich Klimaschutz und Umwelt zu sorgen, und zwar im Einklang mit den im Pariser Abkommen eingegangenen Verpflichtungen und dem strategischen Ziel der

Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 im Rahmen des europäischen Grünen Deals, und fordert die Kommission auf, das Kosovo in den europäischen Grünen Deal einzubeziehen;

35. ist zutiefst besorgt darüber, dass die überwältigende Mehrheit der Energie im Kosovo aus Kohle erzeugt wird; fordert das Kosovo nachdrücklich auf, die Nachhaltigkeit seines Energiesektors durch Diversifizierung seiner Quellen, Dezentralisierung der Produktion und Umstellung auf erneuerbare Energien zu erhöhen;
36. bekundet seine ernsthafte Besorgnis über die anhaltend hohe Zahl vorzeitiger Todesfälle aufgrund von Luftverschmutzung; fordert die Behörden des Kosovo nachdrücklich auf, unverzüglich gegen die Luftverschmutzung vorzugehen und Kohle als Brennstoff zu ersetzen;
37. fordert die Behörden des Kosovo auf, der Durchsetzung von Umweltgesetzen und Biodiversitätsstandards mehr Priorität einzuräumen;
38. fordert das Kosovo auf, eine glaubwürdige und nachhaltige öffentliche Verkehrs- und Mobilitätspolitik durchzuführen, um die seit langem bestehenden Infrastrukturmängel zu beheben, einschließlich regelmäßiger öffentlicher Verkehrsverbindungen nach Nord-Mitrovica.
39. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat und der Kommission, dem Vizepräsidenten der Kommission /Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie dem Präsidenten, der Regierung und dem Parlament des Kosovo zu übermitteln.

BEGRÜNDUNG

Das Europäische Parlament beobachtet aufmerksam die sozialen und politischen Entwicklungen im Kosovo und legt seinen Bericht im Anschluss an den Fortschrittsbericht der Kommission über das Kosovo vor. Im Anschluss an den letzten Bericht, der 2018 angenommen wurde, wird das Europäische Parlament zu seiner Tradition der Jahresberichte zurückkehren, was 2019 aufgrund der Wahl zum Europäischen Parlament und der Bildung der neuen Kommission nicht möglich war.

In den vergangenen zwei Jahren haben sich der Hauptrahmen und die Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und dem Kosovo nicht verändert. Das Kosovo ist nach wie vor entschlossen, seinen europäischen Weg zu gehen, und die Organe der Europäischen Union, insbesondere das Europäische Parlament, setzen sich dafür ein, dem Kosovo zur Erreichung von Stabilität und Wohlstand zu verhelfen. Wir stehen dafür ein, dem Kosovo eine echte europäische Perspektive zu bieten. Dennoch ist hinsichtlich der internationalen Anerkennung des Kosovo keine wesentliche Verbesserung der Situation zu verzeichnen. Viele der sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen im Kosovo sind unverändert geblieben. Seitens der Europäischen Union ist es uns leider nicht gelungen, unser Versprechen einzulösen, den Bürgern im Kosovo visumfreies Reisen zu ermöglichen, obwohl die Kommission und das Parlament ihre Unterstützung in den vergangenen zwei Jahren mehrfach bekräftigt haben.

In dieser Zeit hat sich jedoch für das Kosovo und seine Beziehungen zur Europäischen Union viel getan. Im Jahr 2020 hat der Belgrad-Priština-Dialog durch die Ernennung eines EU-Sonderbeauftragten für diesen Dialog wieder an Dynamik gewonnen, was eine wichtige positive Entwicklung im Hinblick auf die langfristige Stabilisierung und Normalisierung in der Region darstellt. Die Wiederaufnahme der Verhandlungen, sowohl auf technischer als auch auf politischer Ebene, ist zwar ein wichtiger Schritt, dennoch bedauert die Berichterstatterin zu erfahren, dass es im Verhandlungsteam des Kosovo kein einziges weibliches Mitglied gibt: ein Manko, das leicht behoben werden könnte, um dem Verhandlungsteam eine größere Vielfalt und Repräsentativität für die Gesellschaft des Kosovo zu verschaffen.

Die Europäische Union zeigte sich bereits entschlossen, das Kosovo zu unterstützen, auch im Rahmen des bevorstehenden mehrjährigen Finanzrahmens (MFR). Die durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie verursachten sozialen, wirtschaftlichen und gesundheitlichen Herausforderungen sind von noch nie da gewesenem Ausmaß; dennoch hat die Situation die gute und enge Zusammenarbeit zwischen dem Kosovo und der Europäischen Union gezeigt. In mehreren Bereichen weichen die rechtlichen Verpflichtungen des Kosovo und ihre Durchführung erheblich voneinander ab. Die Berichterstatterin ist ernsthaft besorgt, unter anderem über das kohleabhängige Energiesystem und die Luftqualität im Kosovo; die Luftqualität ist die schlechteste in Europa und verursacht die höchste Zahl vorzeitiger Todesfälle. Das Kosovo muss sich auf seine Verpflichtungen einschwören und seinen Energiemix auf ein nachhaltigeres und weniger schädliches System umstellen, um mit dem europäischen Grünen Deal in Einklang zu kommen.

Ziel dieses Berichts ist es, die Meinung des Europäischen Parlaments über die vergangenen Jahre und die jüngste Entwicklung darzustellen und künftige Ausrichtung aufzuzeigen. Die Komplexität der sozialen und politischen Aspekte des Kosovo und der Beziehungen zwischen der EU und dem Kosovo können im Bericht nur oberflächlich zum Ausdruck gebracht werden.

Die Berichterstatterin ist jedoch der Ansicht, dass er als ein wichtiges Instrument dienen kann, um das starke Engagement des Europäischen Parlaments für die Zukunft des Kosovo in Europa darzustellen.

Aufgrund der Pandemie war die Berichterstatterin nicht in der Lage, vor der Erstellung des Berichts eine Informationsreise durchzuführen, doch möchte sie allen lokalen und internationalen Akteuren, einschließlich lokalen und EU-Politikern und Amtsträgern, Vertretern internationaler Organisationen und Mitgliedern der Zivilgesellschaft ihren Dank für die ausgezeichnete Zusammenarbeit aussprechen. Selbst unter diesen unvorhergesehenen Umständen konnte die Berichterstatterin sehr wertvolle Einblicke gewinnen, die dem Europäischen Parlament helfen werden, sich auf zahlreiche dringliche Themen und Erfolge des Kosovo zu konzentrieren.